

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vertriebsfähiger Abonnementpreis 0,75 Mk.;
Preis für Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 81.

Berlin, Mittwoch, 8. Oktober 1918.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Aus der Praxis der Streifbrehervermittlungsbureaus. — Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Eisenbahner. — Trade Unions und Gewerksvereins-Teil. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

Aus der Praxis der Streifbrehervermittlungsbureaus.

Die von dem verdientvollen Professor Jastrów begründete Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ stellt mit dem 1. Oktober sein Erscheinen ein, weil der Verband Deutscher Arbeitsnachweise eine eigene Zeitschrift derselben Art herausgibt. Bevor jedoch der „Arbeitsmarkt“ von dem Schluß der öffentlichen Tätigkeit zurücktritt, erlaubt er sich noch das Verdienst, hineinzuleuchten in den Geschäftsbetrieb der Vermittlungsbureaus für Arbeitswillige, was einen nach vieler Richtung hin interessanten Blick gewährt.

Die Vermittlung von sogenannten „Arbeitswilligen“ muß wohl eine recht lohnende Beschäftigung sein, sonst würde es solche „Geschäfte“, die ja erst neueren Datums sind, nicht schon so viele geben. Wie der Betrieb sich gestaltet, das zeigt am besten ein Rundschreiben, das im „Arbeitsmarkt“ veröffentlicht wird. Ein Herr Ludwig Knoth, der charakteristischerweise sein Geschäft als „kostenloser Arbeitsnachweis und Detektivbureau“ bezeichnet, empfiehlt sich darin den Arbeitgebern zur Lieferung von Handwerfern oder industriellen Arbeitern bei Streiks und Ausperrungen, die alle unorganisiert sind. Das Bureau, so wird gesagt, sei in der Lage, in ca. 8 Tagen bis 6000 Leute zu stellen. Referenzen und Anerkennungs schreiben ständen zu Diensten. Bei der Stellung von Arbeitswilligen wird in jedem Falle auf 30–40 Mann ein geschäftsgewandter Kontrolleur gestellt, welcher die Arbeit, den Lohn und die Verpflegung der Leute überwacht und ordnet.

In dem Arbeitsvertrag, der zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern geschlossen wird, heißt es u. a.:

§ 4. Ich bin bei meiner Annahme genau darüber unterrichtet worden, daß bei obiger Firma gestreikt respektive ausgespart wird.

§ 5. Ich erhalte Logis und Beköstigung auf der Fabrik, und zwar morgens Kaffee mit Brötchen. Frühstück: belegtes Brot — Kaffee — Bier. Mittags: Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, Bier. Abends: belegtes Brot oder sonstige Speisen — Bier.

§ 6. Sollte der Streik resp. die Ausperrung innerhalb acht Tagen beendet sein, so gewährt die Firma mir freie Rückreise.

§ 7. Zuständige Gerichtsstelle ist für beide Teile.

Das Formular für den Vertrag, der zwischen der Vermittlungsagentur und den Unternehmern abgeschlossen wird, läßt die Zahlen für den Preis der gelieferten Arbeitswilligen usw. offen. Es geht aber daraus hervor, daß die halbe Gebühr beim Abschluß des Vertrages gezahlt wird, die andere Hälfte beim Eintreffen der Leute. Auch der Kontrolleur bekommt seinen Tagelohn und freie Beköstigung. Der eigenartige Arbeitsnachweis übernimmt auch die Lieferung von Matratzen, Strohläden, Decken usw.

Natürlich weicht die Praxis der verschiedenen Geschäftskreise in mancher Beziehung von einander ab. Ein Agent Hesberg in Blankenese — es ist gut, wenn man sich die Namen dieser „Agenten“ merkt — empfiehlt seine Dienste mit dem Hinweis, inner-

halb 24–28 Stunden bis zu 2000 Arbeiter stellen zu wollen. Herr Blankenburg in Hamburg, dessen Bureau sich „Zentralarbeitsnachweis der anti-gewerkschaftlichen Arbeiter, erntelassiges Bureau für Streifangelegenheit“, nennt, fordert für die in Frage kommenden Leute eine Vermittlungsgebühr von 10 Mk., Reise- und Gehrold bis zum Bestimmungsort usw. Der Vermittler Lange in Essen hat sich sogar schon an den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. gewandt, als die Gemeindegewerkschaft Arbeiterauschüsse beantragten, Schritte zur Einreichung einer Lohnforderung einzuleiten. Der Mann ist eben auf dem Posten. Der „Internationale Arbeitsnachweis“ von Lindenberg in Wandsbek erklärt in einem Zirkular an die Arbeitgeber, in einem Zeitraum von 8 Tagen 8000 Leute stellen zu können; in einem Jahre seien bereits bei 40 größeren Streiks 5000 Leute gestellt worden. Man tut jenen Geschäftsleuten wohl nicht unrecht, wenn man sagt, daß sie den Mund etwas sehr voll nehmen. Das gehört eben zur Klasse.

Wie die Vermittler ihre Verpflegungen halten, zeigen folgende Sätze aus einer Warnung, die der Stützverband deutscher Glasfabriken in der „Güttenpost“ vom 15. Oktober 1912 veröffentlichte:

„ . . . Unser Mitglied hatte in Erwartung der angeforderten Arbeitsnachweise seiner Glasmacher bereits Vorzüge für Beschäftigung passender Arbeiterzertifikates getroffen und zu diesem Zwecke einer solchen Firma Auftrag zur Versorgung von 30 geleerten Glasmachern gegeben; die Firma forderte 10 Mk. Provision und Reisegeld 3. Klasse für jeden besorgten Glasmacher. Wir wollen die umständlichen Verhandlungen, die schriftlich zum Abschluß des Geschäftes führen, übergehen und nur feststellen, daß unser Mitglied ausdrücklich die Beschäftigung geleertener Glasmacher bedingte, daß der Vermittler solche auch verprochen und erst darauf das Reisegeld 3. Klasse bezog, gleich die betr. Billets durch Vermittlung des Hamburger Vertreters unseres Mitglieds erhalten hat. Daß der Vermittler Gelegenheit nahm, diese Billets hinter dem Rücken des Vertreters gleich noch in Hamburg in Billets 4. Klasse umzutauschen und den Differenzbetrag einzusetzen, ist nebenamtlicher Natur; jedenfalls traf er dann, wenn auch verspätet, mit am Hamburger Hafen usw. zusammenzusuchen fragwürdigen Menschen auf der Halte ein, von denen nicht ein einziger Glasmacher war, so daß der ganze Transport noch selbigen Abend von der Polizei wieder nach Hamburg abgehoben werden mußte.

Unser Mitglied, das dabei um einige Hundert Mark geschädigt ist, hat daraufhin Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Betruges gegen den Vermittler (Ndr.: Carl Blankenburg in Hamburg 21, Humboldtstraße 135) erstattet, und wir nehmen hiermit Gelegenheit, den Vorfall wachsend zur Kenntnis der übrigen Mitglieder zu bringen!

In einem andern Fall gelanget die Erfahrungen einer Firma zur allgemeinen Kenntnis anlässlich einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Schönebeck a. E. Dieselbe war veranlaßt durch die Klage eines Arbeitswilligen, wegen die Firma wegen plötzlicher Entlassung. Der Kläger war als Vorarbeiter eingestellt worden und wurde plötz- lich entlassen, als die Firma erfuhr, daß der Agent, der die Arbeitswilligen vermittelt, sie betrogen hatte. Hierüber teilte die Firma dem Gericht folgendes mit:

„Von den durch den Agenten vermittelten 38 Arbeitswilligen reisten 27 wieder ab; der Agent reiste ebenfalls wieder ab, um dem Auftrage der Behörde gemäß etwa 70 Arbeiter zu engagieren. Er erhielt zu diesem Zwecke auf seinen Antrag 700 Mark gezahlt, um diese als Reisegeld für die zu engagierenden Arbeiter zu verwenden. Er ist jedoch mit diesem Gelde flüchtig geworden, hat irgendwelche Arbeitskräfte für die Firma nicht engagiert, und ist

auf Veranlassung der Beklagten vor einigen Tagen in Königsberg in Preußen wegen Betruges verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden.“

Den letzten Einblick in die Geschäftspraxis gewisser Arbeitswilligenvermittler gewähren die bei einer Hamburger Gerichtsverhandlung ermittelten Tatsachen. Es handelte sich um eine Anklage gegen den bereits erwähnten Agenten L. E. Knoth-Hamburg, der wegen Betruges in mehreren Fällen zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten und einjährigem Ehrverlust verurteilt wurde. Eine Schuhfabrik in Breslau, in der ein Streik ausgebrochen war, wandte sich an den Angeklagten zur Lieferung von 37 Schuhmachern. Diese Leute trafen in Breslau ein; sofort stellte sich aber heraus, daß nur zwei von ihnen Schuhmacher waren, während die übrigen keine Ahnung von dieser Arbeit hatten. Ferner war im Januar v. J. in der Stad-fabrik in Bürgel bei Offenbach ein Ausstand ausgebrochen. Knoth bekam von dem Arbeitgeberverbande für das Holzgewerbe den Auftrag, Spezialarbeiter in die Stadfabrik zu schicken. Es kamen denn auch 45 Leute dort an, von ihnen waren aber 36 vollkommen unbrauchbar, neun waren allerdings im Holzgewerbe schon tätig gewesen, mußten aber von der Arbeit in einer Stad-fabrik nichts. Unter den gelieferten Arbeitern befanden sich Schlächter, Hausdiener, Sattler, Berufslose und Schauspieler. Endlich stand noch ein dritter Fall zur Verhandlung, wo es sich um die Lieferung von 50 arbeitswilligen Metallarbeitern an eine Wagenfabrik in Stolp handelte. Allein all diese Leute waren gänzlich unbrauchbar und mußten wieder abgehoben werden. Es wurde eine protokolllarische Befundung dieses Fabrikanten verlesen, woraus hervorging, daß die ihm von Angeklagten gelandeten Leute sehr bedenkliche Elemente gewesen seien, darunter richtiges Geindel. Dieser Zeuge berechnete den ihm durch Knoths Lieferung zugefügten Schaden auf 1000 Mk., der in den andern Fällen wurde mit zusammen 1500 Mk. angegeben. Ein früherer Angestellter Knoths be- kundete, verschiedentlich seien die angeworbenen Leute veranlaßt worden, sich neue Invalidentarten zu beschaffen und hätten dann gerade die Berufsbezeichnung eintragen lassen, die dem jeweiligen Lieferungs-auftrag entsprach. Ein anderer Zeuge berichtete, sein Sohn sei Viehwärter, die ihm ver- schaffte neue Karte habe ihn aber als „Schuh- macher“ ausgewiesen. — Im Hinblick auf diesen Fall hat sich der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona veranlaßt gesehen, seine Mitglieder ausdrücklich vor der Hilfe der „Streifbreheragenten“ zu warnen.

Die geschilderten Fälle, die gerichtsnotorisch nachgewiesen sind, lassen deutlich erkennen, was Heftiges Kind die Leiter der Streifbrehervermit- lungsbureaus sind. Aber auch hier bewahrt sich die Sprichwort: „Wie der Herr, so das Ge- schick“. Auch die durch solche Bureaus vermittel- ten Arbeitswilligen sind außerordentlich zweifel- hafte Elemente, die nicht nur von der Arbeit nichts verstehen, sondern überhaupt von ihr nichts wissen wollen. Braucht man sich da zu wundern, wenn es fast überall, wo solche „Arbeitswilligen“ eingestellt wurden, zu heftigen Zusammenstößen mit der an- fälligen Arbeiterchaft gekommen ist? Freilich, die Schanzmacher sind gleich bei der Hand mit Bor- würgen gegen die Streifenden, daß sie die armen Arbeitswilligen belästigt hätten, und fordern sogar noch Schutzmaßnahmen für die Arbeitswilligen. Vielleicht öffnen obige Darlegungen; denjenigen die Augen, die noch immer bei solchen Gelegenheiten in der Streifbrehergarde die gekränkte Invaliden- jehen.

Delegiertentag des Gewerkvereins der Deutschen Eisenbahner.

Breslau, am 7. Oktober 1913.

Der Delegiertentag wurde durch den Vorsitzenden Kollegen Nikolaus um 10 Uhr vormittags mit herzlichem Worten der Begrüßung eröffnet. Als Vertreter des Verbandes nimmt der Kollege Kleirn-Berlin an den Verhandlungen teil, der die Glückwünsche und Grüße des Zentralrats übermittelte.

Außer dem Hauptvorstand sind anwesend aus Breslau 2, Görlitz 4, Liegnitz 4, Sommerfeld 1, Zannowitz 1, Silesberg 1, Zauer 1, Lauban 1, Petersdorf 1, Friedberg 1, Benzig 1, Magdeburg 1, Berlin 1, Bunzlau 2 Vertreter. Alt-Memmitz, Schmiedeberg, Gleiwitz, Goldberg und Schreiberhau hatten Delegierte nicht entsendet.

Von der Eisenbahndirektion Breslau sind die Herren Obersekretär Fädcl, sowie der Obergüterbodenvorsteher Benthaus-Breslau zu den Verhandlungen entsandt.

Zur Leitung der Verhandlungen werden gewählt als Vorsitzender Kollege Fliche-Liegnitz, als Stellvertreter Kollege Horn-Görlitz, als Schriftführer Kollege Ziele-Liegnitz.

Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Nikolaus. Er hob besonders hervor die nennenswerten Vorteile und Verbesserungen in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeitverkürzung, welche insbesondere durch die energische Tätigkeit des Hauptvorstandes für die Eisenbahner an den Orten, wo wir Disziplinar haben, durchgeführt worden sind.

In der Diskussion sprachen der Kollege Eichhorn-Berlin und Friedat-Görlitz, die verschiedene Vorkommnisse eingehend schilderten, und dabei feststellten, daß die Arbeiterausschüsse nicht die Bedeutung haben und die Stellung einnehmen, wie es im Interesse der Direktion und der Arbeiter sein sollte. Es wurde aber auch hervorgehoben, daß die Eisenbahn-Direktionen in den letzten Jahren anerkannter Verbesserungen haben eintreten lassen; immerhin bestehen aber noch viele Mängel, die der Aenderung bedürfen.

Der Kollege Zöllner erstattete den Kassenbericht vom 1. Februar 1912 bis zum 1. Oktober 1913. Für seine Tätigkeit wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt.

Hierauf wurde zur Beratung der zur Abänderung des Statuts gestellten Anträge geschritten. Nach einjähriger Mitgliedschaft wird eine Ueberfiedlungsbeihilfe von 2 Wfa. pro Kilometer in jedem Jahre gewährt.

Das Sterbegeld wird stufenweise auf 75 Mark erhöht. Die Ortsvereine haben vom 1. Oktober ab 80 Prozent der Einnahme an die Hauptkasse abzuführen. Bei Krankheiten, welche länger als vier Wochen dauern, ruht die Beitragsleistung bis zur Gesundmeldung.

Die Generalversammlung soll alle 3 Jahre in der ersten Hälfte des Monats Februar abgehalten werden. Anträge müssen mindestens 6 Wochen vor der Generalversammlung eingeschandt werden.

Im Anschluß daran fand eine eingehende Diskussion über die vielfachen Wünsche und Forderungen statt: Gleichstellung der Löhne in Stadt und Land, Genuß des Erholungsurlaubes mit Freizein schon vom 3. Jahre ab, Freizein auf allen deutschen Bahnen. Die Bahnunterhaltungsarbeiter erluchen um die Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage. Hilfs- und Ausschils-beamten sowie Schrankenwärter wollen mit gleichem Recht in die Kassenkasse aufgenommen werden. Die Güterbodenarbeiter bitten um Abschaffung des Kölner Systems, Anschaffung besserer Transportmittel, um Aufhebung der Strafen, sowie das Bezahlen beschädigter oder verloren gegangener Gegenstände. Die Hilfskassen wünschcn, daß man die ihnen vom Tagelohn gekürzten 20 Wfa. zur Auszahlung gelangen läßt. Bessere Behandlung durch die Vorgesetzten ist ebenfalls dringend erwünscht. Die Hilfs- und Ausschils-weidensteller ermahnen eine Erhöhung ihrer Stellenzulage. Die Sandwerfer der Werkstatk Sommerfeld wünschen, daß bei Nachtarbeiten ein Lohnzuschlag gewährt wird. Die Streckenarbeiter verlangen Schutzkleidung. Bei der vorhandenen großen Leuerung rechnen alle Arbeiter und Hilfs-beamten auf eine allgemeine Lohnhöhung.

Durch eine Resolution wurde der Hauptvorstand beauftragt, die notwendigen Abänderungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu unterbreiten und für die Durchführung mit aller Energie zu wirken.

Der Vertreter der Kgl. Eisenbahndirektion, Herr Obersekretär Fädcl, ersuchte die Beschwerdeführer, vor allen Dingen den Instanzenweg ein-

zuhalten, berechnigte Wünsche würden dann auch schnellere Erledigung finden und dadurch vielfache Mißstimmung verbutet werden.

Weiter teilte der Herr Vertreter noch mit, daß vom 1. Januar ab eine völlig neue Lohnskala für das ganze Staatscisenbahngcbiet eingeführt wird, um einen berechtigten Ausgleich zu schaffen.

Der Vertreter aus Görlitz regte an, die Direktion zu veranlassen, den mit großer Kinderzahl geeigneten Eisenbahnarbeitern eine besondere Beihilfe zu gewähren.

Das Trajan für die Eisenbahner soll in derselben Weise weiter redigiert werden.

Der Sitz des Gewerkvereins bleibt in Breslau.

Als Vorsitzender wurde Kollege Sillwig, als Schriftführer der Kollege Korn, als Hauptkassierer der Kollege Zöllner wiedergewählt, als Beisitzer die Kollegen Kopka und Weber.

Als auswärtige Hauptvorstandemitglieder wurden gewählt die Kollegen Friedat, Fliche, Eichhorn, Fröhlich, Ziele, Horn und Feist, als Hauptrevisoren die Kollegen Fliche und Frischke.

Der Kollege Eichhorn wurde wiederum als Vertreter in den Zentralrat entsandt. Als Entschädigung für die Verwaltung wurden 10 Prozent festgesetzt. Die nächste Generalversammlung wird in Görlitz abgehalten.

Durch den Kollegen Eichhorn wurde der Leitung des Delegiertentages der Dank für die unparteiische Geschäftsführung ausgesprochen. Nach einem kurzen Rückblick über die Taguna richtete sodann Kollege Klein noch einen kräftigen Appell an die Kollegen zur weiteren, treuen Mitarbeit zur Vergrößerung des Gewerkvereins.

Mit einem brauenden Hoch auf den aufstrebenden Gewerkverein schloß darauf der Vorsitzende Fliche um 8 Uhr abends den Delegiertentag.

Trade-Unions und Gewinnbeteiligung

war eines der Themen, mit der sich die British Association, die vornehmste wissenschaftliche Körperschaft in England, vor einigen Wochen befaßte. Das Referat wurde von Mr. Charles Carpenter, dem Vorsitzenden der South Metropolitan Gas-Company gehalten. Es sei hierbei erwähnt, daß in den englischen Gasgesellschaften die Gewinnbeteiligung mit großem Erfolge durchgeführt worden ist. Der Redner charakterisierte die Ziele zweier Gewerksvereine, der Amalgamated Society of Engineers (Maschinenbauer, Mechaniker usw.) und der „National Union of Gasworkers and General Labourers“ (Gas- und ungelernete Arbeiter) und zeigte, wie der Arbeitgeber im Arbeitsmarkt gewöhnlich die billigste Arbeitskraft zu erlangen sucht. Die Trade Unions haben jedoch gewöhnlich die Arbeitszeit und den Arbeitslohn schon vorher festgelegt, und der Arbeitgeber muß sich damit abfinden und engagiert Arbeiter bei einer Kündigungsfrist von einer Stunde bis zu höchstens einer Woche. Der Arbeitgeber, der Gewinnbeteiligung eingeführt hat, sucht jedoch mehr als einen bloßen Mietling. Er bietet dem Arbeiter, außer dem üblichen Lohn, einen Anteil an dem Unternehmen an. Nach einer Darstellung des Gewinnbeteiligungssystems bei einer Firma und der Erfolge seit 1889, suchte der Redner festzustellen, wieweit die Ziele der Trade Unions hierdurch erreicht worden sind.

Einblicklich der Society of Engineers haben sich Reibungen oder Schwierigkeiten mit den Mitgliedern nicht ergeben. Der Gewinnanteil stellt eine Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit oder irgend welcher Unglücksfälle dar. Hilfskassen für Krankheit, Unfall und Begräbnis bestehen bei der Gesellschaft seit 71 Jahren, eine Pensionskasse seit 58 Jahren. Seit 21 Jahren hat eine Kommission der Arbeiter über jeden Unfall sich orientiert. Der Gewinnanteil hat es vielen Arbeitern ermöglicht, ein Haus zu kaufen. Das System ist von einer Reihe anderer Gesellschaften nachgeahmt worden. Der Kapitalanteil der Arbeiter stellt sich jetzt auf 7 000 000 M.

Die Gasarbeiter haben einen achtstündigen Arbeitstag erhalten. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind nach Möglichkeit abgeschafft und werden sonst höher bezahlt. Akkordarbeit wird von beiden Seiten vorgezogen. Verträge mit der Firma werden freiwillig geschlossen, und der Beitritt zu den obengenannten Versicherungskassen ist fakultativ. Für Arbeitsunfähigkeit wird gesorgt und nach Möglichkeit leichte Arbeit geschafft. Gewinnbeteiligung ist nach Ansicht Mr. Carpenters der einzige Weg zur Lösung der Arbeiterfrage mit Ausnahme der Einführung des Kollektivismus. Die Ziele der Gewerksvereine lassen sich wohl mit Gewinnbeteiligung vereinbaren. Der Arbeitgeber betrachtet die Trade

Unions—sehr oft mit Recht—als seinen Feind. Aber die Zustände der Verganzenheit waren nicht geeignet, Freundschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter entstehen zu lassen. Das ist anders unter einem System der Gewinnbeteiligung.

Mr. John B. C. Heriaw behandelte dann die in dem letzten Regierungsberichte abgebenen Ziffern und Tatsachen und entwickelte folgende Grundzüge zur Ueberwindung der Geanerlichkeit der Trade Unions:

1. Allen Arbeitern muß volle Freiheit des Beitritts zu ihrer Organisation gewährt werden.
2. Jedem Gewinnbeteiligungssystem müssen Trade Union-Lohnsätze zugrunde liegen.
3. In jeder Industrie und jedem Orte sollen Arbeiterführer zu Direktoren großer Unternehmungen gewählt werden.

Von beiden Seiten lassen sich zwar gegen diese Forderungen Einwände erheben, aber die Unruhen in der Industrie lassen sich nur durch Co-operation zwischen Arbeitgebern und Arbeitern überkommen.

In der Diskussion erklärte Professor Ashley, daß die Trade Unions zu stark sind. Daran seien nicht notwendig die Arbeiter oder ihre Führer schuld, sondern die Unerkennbarkeit der Grundzüge. Gewinnbeteiligung muß die Arbeiter eines bestimmten Unternehmens von der Solidarität aller Berufsgenossen ablösen. Dies läßt sich nicht mit den Grundzügen des Trade-Unionismus verbinden. Kollektivverträge mit Streik und Aussperrung als letzter Waffe seien keine angenehme Art Differenzen beizulegen, aber die Entwicklung führe auf diesem Wege weiter und man könne nur hoffen, in Zukunft mehr mit den Trade Unions und durch sie zu arbeiten. Mr. Cadbury, einer der sozial fühlenden Arbeitgeber Englands, brachte ebenfalls den Gedanken zum Ausdruck, daß Gewinnbeteiligung vom Standpunkt der Trade Unions aus wenig Anziehungskraft besitze. Auch einige andere Redner deuteten darauf hin, daß es notwendiger sei, den Arbeitgeber erst zur Anerkennung seiner zentralen Pflichten zu bringen. S. A. W.-London.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 7. Oktober 1913.

In der Zentralratssitzung am 3. Oktober hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, ein Referat über die Arbeitslosenverrichtung. Er ging aus von der letzten Tagung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Gent, die als Voraussetzung für eine erprobte Lösung der Frage den partitischen Arbeitsnachweis hingestellt hat. Redner ging dann auf die Pläne ein, die in Groß-Berlin bezüglich der Einführung einer Arbeitslosenfürsorge gehegt werden. In Berlin selbst ist ein besonderer Ausschuß zur Regelung der Angelegenheit eingesetzt, dem Redner angehört. Die verschiedensten Vorschläge sind darin gemacht worden. Der Referent hat die Ansicht vertreten, daß, wenn die Kommunen Arbeitslosenunterstützung zahlen, dies für alle Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, gleichmäßig geschehen müsse, da öffentliche Mittel verwendet werden müssen. Alles in allem sei die Sympathie für die kommunale Arbeitslosenfürsorge im Schwinden begriffen, während die reichsgesetzliche Regelung der Frage immer mehr Anhänger gewinne. Auf keinen Fall darf die Angelegenheit wieder zur Ruhe kommen; ein Ausweg muß und wird gefunden werden. An die Ausführungen knüpfte sich eine interessante Debatte, in welcher der Standpunkt des Referenten voll gewürdigt wurde. Da eine reichsgesetzliche Lösung der Frage in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, müßten die Kommunen energischer vorgehen, schon damit auch die von ihnen gemachten Erfahrungen vom Reiche mit benutzt werden können.

Ueber rheinisch-westfälische Wünsche betreffend die Agitation referierte der Verbandssekretär Kollege Reustedt. Der Delegiertentag des Rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes in Dortmund hat sich mit der Frage der Verbandssekretariate beschäftigt und hält die Neugründung von solchen Sekretariaten für dringend notwendig. Es hat darüber eine Besprechung zwischen dem geschäftsführenden Ausschuß und dem Kollegen Hallenberg-Düsseldorf stattgefunden. Ueber die Notwendigkeit der Errichtung besteht keinerlei Zweifel. Es darf aber nur dazu geschritten werden, wenn die finanzielle Grundlage gesichert ist. Da der Verband und die einzelnen Gewerksvereine schon durch die eigenen Beamten erheblich belastet sind, muß es Aufgabe der Ortsverbände sein, aus eigener Kraft sich Arbeitersekretariate zu schaffen. Daß dies möglich ist, beweisen verschiedene Beispiele. Die Hauptleitungen allerdinga sollen

immer wieder dahin wirken, daß der Anammulung von Lokalfonds mehr Beachtung geschenkt wird, damit daraus auch die Gründung von Arbeitersekretariaten unterstützt werden kann. Auch die in der Agitation tätigen Kollegen müssen draußen immer wieder darauf hingewiesen und zur Opferfreudigkeit anfeuern. Die Debatte über diesen Punkt war ebenfalls sehr interessant und bewegte sich durchweg im zustimmenden Sinne. Erwähnt wurde u. a., daß die zum Teil recht erheblichen Summen der Lokalfonds vielfach nur zu Unterstützungsmaßnahmen anstatt zur Lösung der eigentlichen Gewerkeausgaben verwendet würden. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß diejenigen Gewerkevereine, deren Budget nicht allzu sehr durch eigene Beamte belastet ist, etwas mehr für Verbandssekretariate tun möchten.

In seinem Bericht aus dem Bureau wies Kollege Potthoff auf die zahlreichen Anträge hin, in denen Zuschüsse zu den sozialen Wahlen gefordert wurden. Diese Anträge mußten abgelehnt werden. Es ist Aufgabe der Ortsverbände, die Mittel für derartige Zwecke aufzubringen. Ferner ermahnte er zu recht regem Absatz der Kampffondsmarken, die in der nächsten Woche zum Versand gelangen. Zum Schluß der Sitzung gaben die Kollegen Goldschmidt, Neufeldt und Hartmann noch kurze Berichte über ausgeführte Reisen.

Im Haupttarifamt des Baugewerbes war vor einiger Zeit ein Konflikt ausgebrochen, der dazu führte, daß die Unparteiischen des Tarifamts ihren Posten niederlegten. Sie hatten sich durch eine Bemerkung im Hauptorgan des Zentralverbandes der Zimmerer beleidigt gefühlt. Erst kürzlich sind jetzt die Differenzen beigelegt, denn durch Schreiben vom 22. September an den Zentralverband der Zimmerer hat jetzt der geschäftsführende Unparteiische des Haupttarifamts erklärt, daß die Unparteiischen durch eine in Nr. 36 des selben Blattes erfolgte Erklärung die entstandenen Differenzen als erledigt ansehen. Die nächste Sitzung des Haupttarifamts ist denn auch bereits nach Berlin einberufen worden und tagt zurzeit in den Räumen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Zur Entscheidung steht eine Anzahl grundsätzlicher Fragen.

Die Arbeitslosenunterstützung, die vom „freien“ Bauarbeiterverbande seit längerer Zeit geplant wird, soll nun tatsächlich eingeleitet werden und schon am 1. Juli 1914 in Kraft treten für alle Mitglieder, die an diesem Tage die vorgesehene Karenzzeit durchgemacht haben. Vorher ist eine Abstimmung unter den einzelnen Ortsvereinen vorgenommen worden, wobei sich ergeben hat, daß rund 500 Vereine, die über die Hälfte der Verbandsmitglieder zählen, sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen haben. Ein im Dezember stattfindender Verbandstag soll den endgültigen Beschluß fassen. In den Monaten Januar und Februar soll von der Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung abgesehen werden.

Im Interesse der Arbeiter ist es sicherlich freudig zu begrüßen, wenn eine so große Gewerkschaft die Arbeitslosenunterstützung einführt. Es ist ein Beweis von Kurzsichtigkeit, daß man erst jetzt sich zu diesem Schritt entschließt. Immerhin aber ist darin das erste Zeichen einer besseren Einsicht zu erblicken, denn es ist noch nicht lange her, daß man die Deutschen Gewerkevereine, die schon seit den 80er Jahren eine Arbeitslosenfürsorge für ihre Mitglieder geschaffen haben, deswegen auf das bestigste angegriffen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen versucht hat. Was hat man nicht auf die „Nur-Unterstützungsvereine“ geschimpft und gehetzt! Und jetzt macht man es uns nach. Ist es da wirklich arglistig gesagt, wenn die Deutschen Gewerkevereine sich als die Pioniere der Arbeiterbewegung bezeichnen?

Arbeiterbewegung. Die Verhandlungen in der Bewegung der Glasarbeiter von Berlin und Umgegend haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmer zu wenig Entgegenkommen zeigen. — Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts haben Ende voriger Woche Verhandlungen zur Beilegung des Kürschnerstreiks in Berlin stattgefunden. Zu einer Einigung kam es nicht, vielmehr wurde nach zehntägiger Beratung ein neuer Termin festgesetzt. Den Parteien wurde aufgegeben, in der Zwischenzeit Material für bzw. gegen einen Tarifvertrag in der Pelzwarenbranche zu beschaffen, damit das Einigungsamt sich ein Urteil bilden könne. Zwischen dauert der Kampf fort. — In der Textilindustrie von Böhmen, die im letzten Sommer durch einen schweren Kampf heimgesucht worden ist, will es noch nicht zur Ruhe kommen. Die Fab-

rikanten haben ihr Versprechen bezüglich der Lohn-erhöhungen nicht gehalten. Darüber ist große Erbitterung unter den Arbeitern, die hauptsächlich im christlichen Textilarbeiterverbände organisiert sind, entstanden. Welchen Verlauf die Sache nehmen wird, läßt sich noch garnicht übersehen. — Zu Differenzen über die Arbeitszeit ist es in der Glasindustrie von Penzig O.-L. gekommen, die dazu geführt haben, daß über 600 Arbeiter ausgeperrt worden sind. Nur in der Adlerhütte A.-G. in Penzig und in dem Glasbüttenwerk von Gebr. Pöschel haben sich die Unternehmer mit den Arbeitern geeinigt. — In Hannover befinden sich die Militärsattler in einer Lohnbewegung. Bei einer Firma, die den tarifmäßigen Lohn nicht bezahlt, ist es bereits zum Streik gekommen.

Zur Beilegung der schweren Arbeitskämpfe ist der Vorsitzende des englischen Einigungsamts Keith nach Dublin gereist. Es haben auch bereits Verhandlungen stattgefunden, die aber noch kein Resultat gezeitigt haben. Die Arbeitgeber weigern sich insbesondere, die während des Streiks eingestellten Leute zu entlassen; dagegen bestehen die Vertreter der Arbeitnehmer auf ihrer Forderung. Die Verhandlungen sind deswegen schon einmal unterbrochen worden, werden aber fortgesetzt. — Ein schwerer Konflikt droht, wie bereits kurz mitgeteilt, in der englischen Baumwollindustrie auszubrechen. Die Spinner in der Behde-Spinnerei, die durch einen Streik den Anlaß zu den Differenzen gegeben haben, weigern sich noch immer, die Arbeit aufzunehmen. Beharren sie bei diesem Beschluß, dann wollen die Unternehmer die allgemeine Aussperrung vornehmen, wovon nicht viel weniger als 1 Million Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen würden.

Nach langem qualvollen Leiden ist in Berlin am Sonnabend, den 4. Oktober der Hauptkassierer unsere Gewerkevereine der Deutschen Fibrbauer,

Fritz Barthel,

im 66. Lebensjahr sanft entschlafen. Mit ihm ist einer von der alten Garde dahingegangen, und zwar einer der besten. In den 44 Jahren seiner Mitgliedschaft ist er stets bestrebt gewesen, die Gewerkevereinsideen in der Arbeiterschaft auszubreiten. Und mit einer Ueberzeugungstreue und Begeisterung hat er es getan, wie selten einer. Als Mitbegründer seines Gewerkevereins hat er denn auch in den langen Jahren seiner Mitgliedschaft stets an führender Stelle gestanden. Er war nacheinander der Hauptkassierer, Vorsitzender des Hauptvorstandes und zuletzt Hauptkassierer des Gewerkevereins. Bis in die letzten Tage, als er sein Schmerzenslager schon nicht mehr verlassen konnte, hat er versucht, seines schwierigen Amtes zu walten. Aber nicht allein für seinen Gewerkeverein hat Fritz Barthel unermüdet gewirkt; er war auch ein treuer Freund der Verbandsgemeinschaft, was er bei zahlreichen Gelegenheiten bezeugt hat. Als Vertreter des Gewerkevereins der Deutschen Fäbrier hat er auch viele Jahre dem Zentralrat angehört und dort segensreich gewirkt. Ebenso hat er seine Tätigkeit der Begräbniskasse des Verbandes gewidmet.

Alle die während dieser Zeit mit dem nun aus unserer Mitte gerissenen Kollegen in Berührung gekommen sind, wissen seine unermüdete Tatkraft im Dienste der Gewerkevereinsbewegung voll zu würdigen. Sie haben aber auch dabei den lauterer Charakter Barthels kennen und schätzen gelernt. Seine treue Pflichterfüllung, sein freundliches Wesen, vor allem aber die Geistesverwandtschaft, die uns mit ihm bis zum Tode verbunden hat, lassen uns sein Scheiden auf das schmerzlichste empfinden; sie verbürgen aber auch, daß weit über die Kreise seines Gewerkevereins hinaus in der gesamten Verbandsgemeinschaft das Andenken Fritz Barthels immerdar in Ehren gehalten werden wird.

Auf die Verbathigungen gegen den christlichen Textilarbeiterverband und seinen Hauptvorsitzenden, den Reichstagsabg. Schiffer, hat jetzt der Zentralvorstand der genannten Gewerkschaft „auf Grund der vorgenommenen eingehenden Prüfung“ eine Gegenschrift veröffentlicht, in welcher der Versuch unternommen wird, die Köhling'schen Behauptungen zu widerlegen. Wir sind auf die Ein-

setzungen in der Köhling'schen Broschüre nicht eingegangen und haben deshalb auch keine Bemerkung, die Gegenschrift zunächst eingehender zu besprechen. Wir weisen nur darauf hin, daß es in der Einleitung der Broschüre des Zentralvorstandes des christlichen Textilarbeiterverbandes heißt, daß Herr Köhling in seinem Interesse aufgefordert worden sei, seine Stelle als Verbandsbeamter zu kündigen, andernfalls werde ihm vom Verbandsvertragsmäßig gekündigt werden. Daraufhin hat Köhling die Kündigung selbst eingereicht. Weiter geht aus der Schrift hervor, daß der Reichstagsabg. Schiffer den Verfasser der ersten Broschüre wegen Beleidigung verklagt hat. Die gerichtliche Untersuchung wird ja dann ergeben, was an den erhobenen Vorwürfen wahr und was falsch ist. Auch der Zentralvorstand will den Klagegeg gegen Köhling beschreiten, da die von ihm aufgestellten Behauptungen für den gesamten Zentralvorstand beleidigend seien.

Bebel's Erbschaft. Wir haben neulich einen Artikel aus dem „Boten aus dem Nienlengebirge“ veröffentlicht, der sich mit der Hinterlassenschaft Bebel's beschäftigt. Jetzt teilt der „Vorwärts“ mit, daß Bebel gar keine Million hinterlassen habe, sondern nur etwas über 400 000 Mk. Auch eine ganz nette Summe! Wenn davon Bebel der von ihm geführten Partei im ganzen 20 000 Mk. vermachte hat, außerdem dem Verein „Arbeiterpresse“ 10 000 Mk., so will das herzlich wenig besagen. Im übrigen treffen alle andern Ausführungen, die in dem fraglichen Artikel enthalten waren, grundsätzlich trotzdem zu. Auch der verstorbene Führer der Sozialdemokratie gehörte zu den „Ausbeutern“; auch sein Eigentum war nach sozialdemokratischer Auffassung Diebstahl.

Die Freundschaft zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bunde der Landwirte scheint nicht auf allzu festen Füßen zu stehen. Der Zentralverband wenigstens empfindet offenbar schon Neue wegen des intimen Verhältnisses, das er mit dem Bund der Landwirte in Leipzig eingegangen ist. Der Grund dafür ist nicht allzu schwer zu erraten. Sowohl der Handelsvertragsverein, wie der Bund der Industriellen und auch der Handbund haben gegen die in Leipzig geschlossene Verbrüderung scharf Stellung genommen. In den Reihen des Zentralverbandes selbst ist man ebenfalls mit dem Verhalten des Vorstandes vielfach nicht zufrieden, und die Werberarbeit der Konkurrenz wird dadurch erleichtert. Diese Momente haben nun dem Vorstände des Zentralverbandes deutscher Industrieller Veranlassung gegeben zu einer an die „Köln. Zig.“ gerichteten Erklärung, in der merktlich von dem Bund der Landwirte abgerückt wird. Der Zentralverband verwahrt sich ganz entschieden dagegen, daß er die über das jetzige Maß des Zollschutzes für Lebensmittel hinausgehenden Wünsche des Verbandes der Agrarconservativen und den lächerlichen Zolltarif unterstützen wolle. Jedenfalls also will danach der Zentralverband auch von einem allmählichen Abbau der Lebensmittelzölle nichts wissen.

Bemerkenswert ist auch die Zurückweisung des Vorwurfs, als ob der Zentralverband den Bund der Landwirte mit der deutschen Landwirtschaft identifiziere. „Der Zentralverband hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er den Bund der Landwirte sowohl wegen seiner Kampfmethoden, wie mit Rücksicht auf seine übertriebenen, unerfüllbaren Forderungen als die Gesamtvertretung der deutschen Landwirtschaft nicht anerkennen kann.“ Er will denn auch unter keinen Umständen für die extremen Forderungen des Bundes der Landwirte eintreten.

Nam sechs Wochen sind in das Land gegangen, und schon kommt diese Abjage an den Bund der Landwirte. Man darf gespannt sein, wie dieser die Rundgebung des neuen Freundes aufnehmen wird.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Der § 1318 der Reichsversicherungsordnung besagt, daß, wenn jemand Anspruch auf mehrere Renten auf Grund der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hätte, die niedrigere Rente ruht. Trotzdem ist es zulässig, daß der Empfänger einer höheren Invalidenrente auf diese verzichtet, um statt dessen die niedrigere Altersrente zu erhalten. Dafür bringen die „Ämlichen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamts ein interessantes Beispiel.

Ein früherer Fabrikarbeiter bezog eine Invalidenrente im Jahresbetrage von 244,20 Mk. Von der Arbeiterpensionskasse der Fabrik, in der er beschäftigt war, erhielt er gleichzeitig eine Pension, die aber auf Grund der Kassenfassung um die Hälfte der Invalidenrente gekürzt wurde. Da

